

Antwort des Ministerpräsidenten Daniel Günther auf Offenen Brief zum Tarifabschluss 2021

Kiel. Gestern Abend erhielt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Schleswig-Holstein die Antwort¹ auf ihren Offenen Brief, mit dem vor allem die Leer-Runde für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger deutlich kritisiert wurde.

Der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger und der GdP-Landesseniorenvorsitzende Hermann Reissig zeigten sich heute unzufrieden mit der übersandten Antwort des Ministerpräsidenten: „Die Sichtweise der Landesregierung ist bedauerlich und geht am Thema vorbei. Wir fordern keine Corona-Zulage für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger! Wir fordern aber einen Ausgleich für 14 Monate Stillstand bei Pensionären in Zeiten hoher Inflationsraten. Der Vertrag mit der Landesregierung in 2019 hat eine wirkungs- und zeitgleiche Behandlung der Versorgungsempfänger mit dieser Entscheidung nur suggeriert, das ist mehr als enttäuschend! Sämtliche Kompromissvorschläge der GdP wurden bisher abgelehnt, insbesondere für die Finanzministerin bleiben Versorgungsempfängerinnen und -empfänger lediglich eine finanzielle Last für den Haushalt. Eine lebenslange Wertschätzung sieht jedenfalls anders aus. Die GdP wird sich im parlamentarischen Beteiligungsverfahren für eine Korrektur der Absichten einsetzen!“

Der Landesvorstand

¹ Die Antwort des Ministerpräsidenten liegt diesem Flugblatt als Anlage bei.